

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends... Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 8 gelbte Kolonial-Beile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Vrey. Druck von E. A. J. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Altonaerstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Scharfmacherisches Treiben.

Wenn man den Scharfmachern glauben könnte, dann wäre die Sorge um die Kulturgüter, die Förderung der öffentlichen Moral die Triebkraft all ihres Tuns und Sirebens.

Die alte Hänkeschmiederin und Hezerin, Deutsche Arbeiterzeitung, genannt, schreibt in der Nr. 27 mit Bezug auf den letzten Gewerkschaftskongress:

Der Abgeordnete Regien eröffnete die Versammlung mit einer echten Agitationsrede, in der er den Arbeitgeberorganisationen unterstellte, sie würden nunmehr oder wären schon aus der Defensive in die Offensive übergegangen.

So etwas zu behaupten, obwohl die Erinnerung an die geplante Aussperrung von 300 000 Metallarbeitern und die große Aussperrung im Baugewerbe noch sehr lebendig sein muß — auch bei den Wahrheitsaposteln der Deutschen Arbeiterzeitung — zeugt von einer nicht geringen Routine und Strupellosigkeit in dem Aufsenkopfstellen der Tatsachen.

Ein viel durchschlagenderer Beweis von der Wahrheitsliebe, Ehrlichkeit und einer unbehäblichen Arbeiterfreundlichkeit der Scharfmacher ist aber mit einem neuen Attentat gegen das Koalitionsrecht erbbracht worden.

Vor Jahresfrist erließ der bekannte und berühmte Scharfmacherverband an die Arbeitgeberverbände, Berufsvereinigungen und Handelskammern eine Aufforderung, Material über von Streikenden ausgeübten Terrorismus zu sammeln und der Zentralstelle zuzustellen.

Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Einer gefährlichen Drohung im Sinne des 1. Abs. macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachen.

Um zu beweisen, daß man damit nur ein Ausnahmegesetz gegen streikende Arbeiter erlangen will, genügt es, die Frage aufzuwerfen: sollen durch diese Bestimmung auch die Unternehmer und deren Agenten getroffen werden?

Wer nun aber erwartet, daß die Forderung einer so ungeheuerlichen Strafbestimmung, die ganz offenbar das Streikrecht frangulieren soll, mit gewichtigem Material und durchschlagenden Argumenten begründet werden könne, der irrt sehr.

Was von den Terrorismusgeschichten übrig bleibt, wenn sie erst nach Zeit und Ort bekannt, die Nachprüfung durch die Gewerkschaften erlauben, das sieht auf einem andern Blatt. Aber wenn sie alle wahr wären, was bewiesen sie? Sicher nicht die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen gegen Streikende.

geringe Rolle. Die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeiterschutzesetze frech verletzt werden, wo brutaler Unternehmerterrorismus die Arbeiter bedroht, ihnen die Staatsbürgerrechte raubt, sie mit der Hungerpeitsche bedroht, ist viel, sehr viel größer.

Die unlauteren Zwecke, die das Scharfmachertum mit seiner Forderung verfolgt, veranlaßt es, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Es ist bewußter Schwindel, wenn behauptet wird, man wolle das Koalitionsrecht nicht antasten, Ausschreitungen und Gewalttätigkeit zu verhindern sei das einzige Ziel.

Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt das Obium auf sich zu nehmen und in einer Eingabe zur Novelle zur Strafprozeßordnung schwerere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokraten zu fordern.

Zu welchem Zwecke man den Reichstag „gefällig“ machen wollte, das hatte der alte Haffer der Arbeiterbewegung vorher schon klipp und klar ausgesprochen, indem er, gewissermaßen als ein Programm des Zentralverbandes, folgende Proklamation erließ:

Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Überwindung der aus kleinlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten — das muß das Ziel sein, etwas andres gibt es nicht — oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Hezer und Aufstörer zu beugen und nach ihrer Pfeife zu tanzen.

Diese inebend aufgenommene Kampfansage war nicht der Ausdruck einer weinseligen Stimmung. Im Mai dieses Jahres hat sie Bued im „Tag“ wiederholt. Grundätzlich wendet er sich hier gegen die Forderung der Einsetzung eines Reichsentscheidungsamtes.

„den Kampf mit den Gewerkschaften, besonders mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften, mit voller Entschiedenheit aufzunehmen und bis zum entscheidenden Ende, das ist bis zur Niederwerfung und Zerschmetterung der Gewerkschaften, durchzuführen.“

Diese urkundlichen Beweise enthüllen die Verlogenheit und Gemeingefährlichkeit des in Deutschland leider so einflussreichen Scharfmachertums. Glühender, unerbittlicher Arbeiterhaß soll sogar die christlichen Gewerkschaften vernichten, und doch haben sich die braven Christenführer erst kürzlich noch das Lob aus Scharfmachermund verdient, sie seien Arbeitervertreter nach dem Herzen der Gewerkschaftsverbände.

Was hat's genügt?

h. „Vernichtesiel“ ist noch immer das große Wort gewesen das regierte und regierende Männer gelassen ausführen, wenn ihnen die Arbeiterbewegung unangenehm auf die Nerven fiel.

Es lobt sich schon, einmal laut zuzurufen, was seit der Reichsgründung alles an Sozialistengesetzen, Ausnahmegesetzen und Sonderverordnungen gegen die Arbeiterbewegung losgelassen worden ist.

Die Streikbewegung der letzten Jahre — Streikbewegungen sind überdies nahezu immer der erste Anstoß zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter gewesen — zeitigte Unternehmer-Eingaben an den Reichstag. Aus diesen Bestrebungen wurde die Regierungsbürokratie einer Revision der Gewerbeordnung geboren.

Als die Gesetzesmaschine nicht funktionieren wollte, wie es die Arbeiterwände mochten, probierte man es mit dem Verwaltungsvertrat. Der Staatsanwalt Teßendorf leitete die Kompanie gegen die Gewerkschaften durch eine schamlose Anklageprozeß ein.

Der immer lebendiger werdenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sollte dann die Strafgesetznovelle von 1875/76 ein anständiges Bein stellen. Aber niemand wollte im Reichstag darüber stolpern, einstimmig wurde sie abgelehnt.

Es kam die „große“ Zeit der Sozialistenhaß. Am 11. Mai 1878 schloß Hödel und am 20. Mai hatte Bismarck schon sein „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreiter“ in sieben Paragraphen fertig. Einen Paragraphen strich ihm schon der Bundesrat, die andern sechs wollte der Reichstag nicht schlucken.

Der Redner der damaligen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Braße, sagte: „Wir pfeifen auf das Gesetz!“ Das Kern- und Treiswort fuhr den braven Reichstagsparlanten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblick vermeinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen wie im Inhalt.

Das Sozialistengesetz herrschte in Deutschland, viermal verlängert, als Geißel über der Arbeiterbewegung. Ausweisungen erfolgten während seiner ganzen Geltungsdauer insgesamt 893, davon trafen fast zwei Drittel Verheiratete; 973 Kinder mußten so mitbüßen, was ihre Väter aus Ueberzeugung und gegen die Regierung getan. Druckschriftenverbote regelten während der ganzen Zeit; es sind im ganzen 1299 erlassen worden.

So steht die Bilanz des Sozialistengesetzes aus! Und wir fragen hier wieder: „Was hat's genügt?“

Dabei muß beachtet werden, daß das Sozialistengesetz Leuten vom Schlage Pattlamer noch nicht einmal genügt. Sein verächtigt gewordener Streikerlaß von 1886, der „die Hydra, welche hinter jedem Streik lauert und die Revolution heißt“, töten wollte, beweist das.

Im Jahre 1890 — das Sozialistengesetz war doch schon zu abgenutzt — kam v. Berlepsch mit seiner Gewerbeordnungsnovelle. Sie sollte mit der Verschärfung des Paragraphen 153 — Straferhöhung bis zu einem Jahre — den „frech“ aufblühenden und nicht kaputt zu bringenden Gewerkschaften den Todesstoß versetzen.

Und richtig! Im Dezember 1894 ging dem Reichstag die sogenannte Umsturzbillage zu. Es sollte mit ihr zugleich das Strafgesetzbuch, das Militärstrafgesetzbuch und das Gesetz über die Presse sowie „anständige“ Verbesserungen erhalten, daß man hoffen konnte, alle Mittel in der Hand zu haben, die nachvoll vorwärts strebende Arbeiterbewegung endgültig erdrücken zu können.

Jetzt griff die höchste Stelle des Deutschen Reiches, Wilhelm II., energisch ein. In Viefelsd erklärte er: „Nächststößliche Niedermetzung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich unterzieht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwiliger Arbeit zu hindern.“

Das Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zucht- hausgesetz) wurde in der Session 1898/99 beraten. Es hob — nach dem Entwurfe — den § 153 der Gewerbeordnung auf und schaffte für die darin festgelegten Delikte dann noch einige mehr und die Möglichkeit, mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus zu strafen.

Seitdem ist es durchaus nicht ruhiger geworden unter den Arbeiterfeinden. Petition um Petition, Eingabe auf Eingabe und Beschwerde über Beschwerde sind seitdem an die Regierung gegangen. Einmal hat man es ja auch noch auf dem Wege der Gesetzgebung versucht, der Gewerkschaftsbewegung Herr zu werden, nämlich durch das Gesetz betreffend die Reichsfähigkeit der Berufsvereine; es ist auch nicht gelungen.

Und jetzt ist man wieder dabei, mit dem Strafgesetz der Arbeiterbewegung Stride drehen zu wollen. Man hat also nichts gelernt und nichts vergessen. Nun, die Arbeiterbewegung wird sich zu wehren wissen; sie hat es, und wenn es auch Opfer über Opfer gekostet hat, stets verstanden, sie ist treu und trotz alledem in den vier Jahrzehnten des Bestehens bewährter „Einigkeit“ groß und stark geworden.

Wagen sich die Gewerkschaften die Dinge noch etliche Male überlegen; wir jagen ihnen nichts weiter als die drei Dörthchen — und die mögen sie beantworten: Was hat's genügt?

Der Gewerkschaftskongress in Dresden.

Ueber Heimarbeiterschutz und Heimarbeitengesetz referierte Genosse Deichmann. An reichhaltigem Material wies er die Schäden der Heimarbeit nach. In der Diskussion wurde das Referat noch mannigfach ergänzt. Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde angenommen mit einem Zusatzantrag, der die Gewerkschaften verpflichtet, die Organisationsbestrebungen der Heimarbeiter zu unterstützen.

Das Referat des Genossen Robert Schmidt über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung begann mit einer knappen umrissenen Schilderung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Ihr folgte eine eingehende Begründung für die Notwendigkeit und Durchführbarkeit weiteren Arbeiterschutzes und eine ebenso eingehende Kritik der Reichsversicherungsordnung. Die Resolution des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Das nun folgende Referat des Rechtsanwalts Dr. Heine- mann über „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vor-



Einem breiteren Raum nahm der Bericht des Tarifamts und die Entschliessung über die fernere Gestaltung der Tarifgemeinschaft zwischen dem Zentralverband und den Kassengebunden ein. Darüber haben in den letzten Wochen zwischen beiden Gruppen lebhaft Erörterungen stattgefunden. Eine zur Vorbereitung eingesetzte Kommission empfahl der Jahresversammlung, die Tarifgemeinschaft weiter fortzusetzen, wenn einige Voraussetzungen erfüllt werden. Dazu gehört u. a., daß unklare oder ähnliche Verträge nicht mehr abgeschlossen werden. Die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft soll in der Form der Aufstellung einer Muster-Dienstordnung für Kassen und Angestellte bestehen. Die Jahresversammlung stimmte diesen Vorschlägen einstimmig zu. Damit wurde die Idee der Tarifgemeinschaft weiter anerkannt.

Da sämtliche Kassen ihre Satzungen neu aufzustellen haben, wurde der Antrag angenommen, daß der Zentralverband Schlichtungsmuster-Satzungen für Krankenkassen herstellt. Der Entwurf soll der zuständigen Reichsbehörde zur Prüfung vorgelegt werden. Im übrigen wurde bekanntgegeben, daß auch vom Reichsversicherungsamt eine Muster-Satzung veröffentlicht wird.

Ein Antrag verlangte die Einführung gleichmäßiger Statistiken bei den Verbandskassen. Man beschloß hierzu, eine abwartende Stellung einzunehmen. Wenn die einschlägigen Maßnahmen, die der Bundesrat auf Grund der Einführung der Versicherungsordnung zu treffen hat, nicht genügen, soll die Statistik (erstmalig für 1911) aufgenommen werden. Dabei soll besondere Aufmerksamkeit auf die Krankheitsstatistik gelegt werden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die nächstjährige Tagung findet in 1911 in A. Rh. statt.

## Gegnerische Gewerkschaften.

### Die Krebs in Aschaffenburg.

Die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Verbandes mit dem unaussprechlichen Namen, hat im verfloßenen Jahre wiederholt mit dem Wachstum der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und des christlichen Hilfsarbeiterverbandes im besonderen gekämpft. Wie es mit dem Wachstum der christlichen Gewerkschaften bestellt ist, haben wir in der vorigen Nummer des „Proletariats“ nachgeprüft; im folgenden soll nun der Wiefenfortschritt des Aschaffener Verbandes kurz gewürdigt werden.

Zuerst die Mitgliederzahl. Nach der eigenen Statistik der christlichen Gewerkschaften hatte der christliche Hilfsarbeiterverband am Schlusse des Jahres 1906 13 430 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1910 verzeichnet der Verband 13 800 Mitglieder; das sind 370 — dreihundertundsiebenzig — Mitglieder mehr als vor 5 Jahren. Also ein Gewinn von ganzen 74 Mitgliedern jährlich im Durchschnitt. Fürwahr, ein glänzender Fortschritt. Die „Gewerkschaftsstimme“ hat wirklich Anlaß, die Zukunft für die christlichen Gewerkschaften und die ungelerten Arbeiter für den christlichen Hilfsarbeiterverband zu reklamieren!

Der christliche Fortschritt wird noch überwältigender, wenn wir nicht 5 Jahre, sondern nur ein Jahr zurückgreifen. Am Schlusse des Jahres 1909 waren nämlich 13 752 Mitglieder vorhanden, also nur 48 weniger als Ende 1910. 48 Mitglieder — der Gewinn eines Jahres beginnender Hochkonjunktur! Noch einmal: ein glänzender Fortschritt. Stellen wir aber gar das Jahr 1907 zum Vergleich, das der christliche Verband mit 15 470 Mitgliedern abschloß, so ist nicht nur der Fortschritt ganz zum Teufel, sondern es zeigt sich noch ein Rückgang der Mitgliederzahl um fast 1700. Und werden nicht die Endzahlen der beiden letzten Jahre, sondern die Jahresdurchschnittszahlen eingesetzt, so ergibt sich ein erheblicher Rückgang gegen das Jahr 1909. Es betrug nämlich die Mitgliederzahl des Verbandes im Durchschnitt des Jahres 1910 nur 13 433 gegen 14 498 im Jahre 1909. Also ein glatter Verlust von 1065 Mitgliedern. Stellen wir nun einmal die Ziffern unsres Verbandes als Vergleich ein. Es hatten Mitglieder:

	1906	1907	1908	1909	1910	Zunahme
Fabrikarbeiterverband . . .	123 215	134 233	133 633	141 024	167 097	43 822
Christl. Hilfs- u. w. Verband	13 430	15 470	14 930	13 752	13 800	370

Der Fabrikarbeiterverband, der nach den Behauptungen der Aschaffener Christen ein „Koloß auf äneren Füßen“ ist, gewann in den 5 Jahren fast 44 000 neue Mitglieder; der zukunftsstarke christliche Verband aber noch nicht einmal 400.

Die Einnahmen und Ausgaben des christlichen Verbandes sind gegen das Jahr 1909 ganz erheblich gesunken; sie stellen sich in den beiden Jahren wie folgt:

	1909	1910	1910 weniger
Einnahme	807 884	263 343	44 536
Ausgabe	312 871	261 855	51 016

Der Rückgang der Einnahmen ist allerdings, soweit wir beurteilen können, nicht durch verminderten Eingang der Mitgliederbeiträge verursacht, sondern durch verminderte — Anleihen. In den Einnahmen ist nämlich der Posten „Sonstige Einnahmen“ von 64 374 M. auf 9321 M. zurückgegangen.

Auffallend gering waren im Jahre 1910 die Ausgaben für Streiks. Im ganzen letzten Jahr hat der christliche Verband nicht so wenig für Lohnkämpfe ausgegeben als im Jahre 1910, einem Jahre des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht nur, sondern auch einem Jahre regster wirtschaftlicher Kämpfe und Erlolge. Während der Fabrikarbeiterverband an Streikende und Gemäßregelte 934 254 M. verausgabte, hat der christliche Verband im ganzen 31 045 M. hierfür aufgewendet. Der chronische Dalles in der Hauptkasse hat Kämpfe von nennenswertem Umfang einfach unmöglich gemacht. Das ist die Folge der christlichen Arbeiterzersplitterung! Die Ausgaben für Unterstützungen sind absolut wie im Verhältnis zur Mitgliederzahl gering; nachstehend ist die Unterstüzung, die an arbeitslose und extraktierte Mitglieder gezahlt wurde, für das letzte Jahr im Vergleich gesetzt.

	1906	1907	1908	1909	1910
Fabrikarbeiterverband	822 227	558 073	843 546	1 090 393	1 031 686
Christl. Hilfs- u. w. Verband	853	5 731	19 200	44 686	40 915

Der Verband der Fabrikarbeiter zahlte im Jahre 1909 im Durchschnitt pro Mitglied 6,47 M. an frange und arbeitslose Mitglieder; der christliche Verband noch nicht die Hälfte, nämlich 2,97 M. Dabei ist aber der Beitrag im christlichen Verbando durchaus nicht niedriger als bei uns; er ist im Durchschnitt sogar noch etwas höher. Wird die Einnahme des Verbandes auf die Mitgliederzahl umgerechnet, so ergibt sich für den christlichen Verband eine Einnahme von 19,08 M. pro Mitglied gegen 18,65 M. im Verband der Fabrikarbeiter. Daß die Christen trotz

höherer Einnahme und geringerer Leistungen auf keinen grünen Zweig kommen, sondern sich nur mit Mühe und Not zwischen Schulden und Defizit durchschlagen, hat seine Ursache in den außerordentlich hohen Ausgaben für Agitation, Zeitung, Verwaltung und dergleichen. Welche Summen der christliche Verband zum Beispiel für Agitation ausgibt, mag folgende Gegenüberstellung zeigen. Es verausgabten pro Mitglied für Agitation:

	1906	1907	1908	1909	1910
	M.	M.	M.	M.	M.
Fabrikarbeiterverband	0,34	0,41	0,45	0,61	0,54
Christl. Hilfs- u. w. Verband	2,40	3,36	2,94	3,11	4,63

Die Ausgaben für Agitation sind im christlichen Verband ganz unvernünftig hoch. Würden wir ähnliche Summen für Agitation ausgeben, die frommen Christen schlugen Rad über die „Verpöberung von Arbeitergroßen“. Und trotz dieser enormen Agitation und trotz der Indienststellung der ganzen katholischen Geistlichkeit das geradezu beschämende Resultat! Es muß doch nicht weit her sein mit der „legenden Kraft des christlichen Gewerkschaftsgedankens“!

Das trübste Kapitel in der Abrechnung des christlichen Verbandes bildet aber der Vermögensbestand. Der Dalles ist in der Kasse des Verbandes chronisch geworden und scheint nunmehr unheilbar zu sein. Seit der große Oswald den Verband regiert, ist der Krebs das Sinnbild des Verbandes in jeder Hinsicht geworden, für die Kasse aber ganz besonders. Am Ende des Jahres 1906 waren 44 214 M., ein Jahr später sogar 52 184 M. Vermögen in der Hauptkasse vorhanden; das Jahr 1910 aber schloß mit ganzen 24 256 M., wobei die umgekehrten Außenstände, soll heißen die Schulden, noch gar nicht eingerechnet sind. Wir stellen nachstehend das Vermögen des christlichen Verbandes, absolut und pro Mitglied, mit dem des Fabrikarbeiterverbandes in Vergleich. Es hatte in der Hauptkasse Vermögen:

Jahr	Verband der Fabrikarbeiter		Christl. Hilfs- u. w. Verband	
	absolut M.	pro Mitgl. M.	absolut M.	pro Mitgl. M.
1906	541 245	4,39	44 214	3,07
1907	1 095 003	8,—	52 184	3,41
1908	1 877 037	10,30	27 750	1,81
1909	1 472 177	10,67	22 763	1,65
1910	1 504 793	9,—	24 256	1,76

Daß die Aschaffener mit ihren leeren Kassen weder ernste Kämpfe führen, noch den Unternehmern Achtung abnötigen und Zugeständnisse abzwängen können, versteht sich am Rande. Ja, wenn sich ein leerer Geldbeutel durch einen vollen Mund erheben ließe! Dann wären unsre Brüder aus Aschaffenburg oben auf. Aber so —?

Nun wäre es uns herzlich gleichgültig, ob der christliche Verband Geld hat oder ob er sich mit Borg und Bittel durchs Leben hilft — aber es sind 14 000 unsrer Arbeitsbrüder, die durch den Dalles der Christen wehrlos gemacht sind, 14 000 Arbeiter, die einer Organisation angehören, die in Wirklichkeit keine ist, einer Organisation, die kaum notdürftig zusammenhängt, die in keinem Betracht ihre Mitglieder gegen die Prüßchenhiebe des Kapitalismus schützen kann. Diese Tatsache zwingt uns, macht es uns zur Pflicht, auf die Ohnmacht des christlichen Verbandes hinzuweisen und an alle Mitglieder dieses Verbandes und an solche, die es werden wollen, den Warn- und Mahnruf zu richten:

Heraus aus den christlichen Scheingewerkschaften! Hinein in die starken, leistungsfähigen freien Organisationen!

### Schlachtfeld-Hyänen.

Da es unsre „Brüder in Christo“ auf dem anständigen Wege der Agitation nicht fertigmachen können, eine auch nur einigermaßen nennenswerte Mitgliederzahl auf die Weine zu bringen, legen sie sich jetzt in der Hauptsache auf das wenig anständige Mittel, das Schlachtfeld auszuheben. Jeder weiß, daß, wenn ein Streit abgebrochen werden muß, es immer Leute gibt, die mit der Haltung der Streikleitung nicht einverstanden sind. Diese Mißstimmung benutzen dann die christlichen „Agitatoren“, um für sich im trüben zu fischen. Dabei sind sie bestrebt, die vorhandene Mißstimmung nach Möglichkeit zu schüren. Es gibt ja leider immer noch Leute, die den Zweck der Uebung nicht erkennen und auf den Leim gehen.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch der Artikel in Nummer 28 der „Gewerkschaftsstimme“, der sich unter der Rubrik „Der Taktik des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes“ mit dem Streik der Gummiarbeiter in Offenbach befaßt, beurteilt werden.

Nicht deshalb, weil ich es für notwendig halte, mich gegenüber dem doppelgüngigen Artikelverfasser in der „Gewerkschaftsstimme“ zu rechtfertigen, sondern deshalb, weil tatsächlich in den Reihen unsrer Kollegen eine gewisse Mißstimmung vorhanden ist, möchte ich mit einigen Worten in den Streit und dessen Verlauf eingehen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Offenbach hatte schon im Frühjahr in der Gummiabrik von Stöckicht in Offenbach Forderungen eingereicht. Die Verhandlungen über diese Forderungen verzögerten sich durch die Krankheit des Inhabers und auch wohl dadurch, daß diese Forderungen, auf Wunsch des Inhabers, in der Form eines Tarifvertrages eingereicht wurden. Es ist verständlich, daß ein Fabrikant, wenn er Lohn- und Akkordsätze auf mehrere Jahre festlegen soll, längere Zeit zur Kalkulation notwendig hat, als wenn es sich nur um eine einfache Forderung für eine Kategorie von Arbeitern handelt. Genug, die Verhandlungen verzögerten sich, und die Arbeiter, die der Ansicht waren, daß es sich um eine Verschleppung handle, legten die Arbeit ohne Zustimmung des Verbandes nieder. Nun weiß jeder, daß die Verhältnisse in der Gummiindustrie kennt, daß gerade im Hochsommer die Konjunktur vorbei ist. Die Arbeiter hatten also einen recht unglücklichen Zeitpunkt gewählt. Der Fabrikant drehte dann auch sofort den Spieß um und erklärte, daß er bereit sei, eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu gewähren, aber von den Streikenden 27 Kollegen und Kolleginnen nicht wieder einhalten wolle. Dadurch waren die Vertreter der Arbeiter bei den Verhandlungen in die Defensive gedrängt. Das Hauptgewicht mußte nun naturgemäß auf die Erlangung der Wiedereinstellung sämtlicher Kollegen gelegt werden. Nach wiederholten Verhandlungen und nach Inanspruchnahme aller auch nur erdenklichen Mittel war es dann endlich gelungen, die Zahl derjenigen, die nicht wieder eingestellt werden sollten, auf sieben herunterzubringen. Wenn es vielleicht auch möglich gewesen wäre, dem Herrn Stöckicht so weit „breitzuschlagen“, daß diese Zahl noch um ein oder zwei verringert worden wäre, so wurde dies aber anscheinend dadurch, daß die Meister und Vorarbeiter erklärten, mit diesen sieben Kollegen unter keinen Umständen wieder zusammenarbeiten zu wollen. So wurde dann das letzte Zugeständnis von Herrn Stöckicht: als ein Ultimatum erklärt, wovon er sich unter keinen Umständen abdrängen lassen werde. Wurde also seitens der Arbeiter die Aufnahme der Arbeit zu den gemachten Bedingungen abgelehnt, lief die Sache auf eine Kräfteprobe hinaus. Nach reiflicher Ueberlegung bin ich dann zu der Ansicht gelangt, daß es besser sei, es auf diese Kräfteprobe nicht ankommen zu lassen. Zunächst war, wie schon angedeutet, die Konjunktur vorbei; in verschiedenen Fabriken, so in Hanau, Korbach, Frankfurt, waren schon Entlassungen vorgenommen. Es war also zu befürchten, daß es dem Fabrikanten gelingen würde, Gummiarbeiter heranzuziehen. Bei einem Teil der Streikenden war eine gewisse Streikmüdigkeit zu beobachten. Ich sah hatte Gelegenheit, das aus einem Gespräch einiger Streikender zu erfahren. In dem Betriebe arbeiteten die Vorarbeiter und Meister sowie

drei Streikbrecher und einige fünfzig „Hingegabisten“. Außerdem waren von dem Fabrikanten noch hundert dieser „Verpflichteten“ bestellt. Selbige es also dem Unternehmer, einige Gummiarbeiter heranzuziehen, so verschlechterte sich die Situation für die Streikenden ganz unheimlich. Und dann war zu befürchten, daß nicht nur die sieben Kollegen, sondern weit mehr draußen blieben. Aber selbst angenommen, daß das alles nicht eingetroffen wäre, wäre es dann für die sieben Kollegen, die wir dann dem Fabrikanten, wenn alles gellappt hätte, mit Gewalt wieder aufgedrungen hätten, ein erträglicher, gar nicht zu reden von einem angenehmen Zustand gewesen? Ich meine, diese Frage muß verneint werden. Mindestens ist dieser Zustand die Opfer nicht wert, die ein langer Streik für fast zweihundert Arbeiter mit sich bringt. Das zur Rechtfertigung meines Standpunktes gegenüber unsren Kollegen.

Auf den Gehartikel der „Gewerkschaftsstimme“ noch weiter einzugehen, verlohnt sich nicht. Der Zweck ist ja nur, das „Schlachtfeld“ auszuheben. Aber eins muß noch bemerkt werden:

Der Angestellte des christlichen Verbandes — derselbe wohl, der auch den Artikel geschrieben hat, — erklärte in der Versammlung, in der ich den Versuch unternahm, den Streit zu den angeführten Bedingungen zu beenden, daß die Streikleitung, wolle sie ehrlich handeln, den Streikenden gegenüber verpflichtet sei, über die Aussichten des Streiks usw. Klarheit zu schaffen und daß er mein Verhalten, selbst wenn dadurch eine gewisse gewisse Mutlosigkeit eingetreten sei, lobend anerkennen müsse. Aus diesen „lobenden Anerkennung“ ist nun ein „Berat der Arbeiterinteressen“ geworden. Eine nicht christliche Manier. Jedenfalls werde ich mir den Herrn merken. Bei jeder Agitation, die von den freien Gewerkschaften unternommen wird, betteln die Herren, mitmachen zu dürfen, weil sie selbst nichts unternehmen können. Man wird es sich in Zukunft mehrmals zu überlegen haben, ob man mit solchen doppelzüngigen Elementen zusammenarbeiten kann

## Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Ausbach (Hornpresserei), Bergedorf (Euhloxyfabrik), Dresden-Kadeboul (Farbenfabrik), Elmshorn (Metallpapierfabrik), (Hornplattfabrik), Fürth (Ziegelei), Garmisch, Halle a. S. (Zementfabrik), Gerdorf (Schiffbau), (Leunonia), Seidenfabrik, Roswig i. Anh. (Ziegelei), Lübbchen (Kalkwerk), Ludwigshafen (Zuckerfabrik), Magdeburg (Chemische Fabrik), Mühlheim a. Rh. (Zementfabrik), Nürnberg (Spezial-Industrie), Reudersum i. Westf. (Portlandzementfabrik), Gewerkschaft „Ella“, Rauscha, Waltershausen, Weimar, Weiskopf, Wolgast.

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen und Differenzen im Monat Juni 1911 im Gau 15.

Dömitz. Bei der im April d. J. für die Arbeiterchaft des Sprengstoffwerkes erfolgten Lohnzulage blieb eine Anzahl Arbeiter unbedarft an die Betriebsleitung. Legiere gab nach erfolgter Ansprache durch Anschlag bekannt, daß alle diejenigen Arbeiter, welche mit der Regelung der Löhne unzufrieden seien, sich im Lohnkontor melden sollten. Dieser Aufforderung kam aus nachliegenden Gründen keiner der betreffenden Arbeiter nach; sie beauftragten vielmehr den Ausschuss, von neuem mit der Betriebsleitung in Unterhandlung zu treten. Die Betriebsleitung lehnte jedoch jede weitere Unterhandlung mit dem Ausschuss ab und gab am nächsten Tage abermals durch Anschlag am schwarzen Brett bekannt, daß der Lohn für die Arbeiter im Sand hat 2,80 M. in Zukunft nur 2,50 M. betragen solle und daß ferner die Entschädigung für die Patronenmacher, die wegen Mangels an Beschäftigung aussetzen müßten, in Wegfall komme. Den Arbeiterausschuss, der beauftragt war, gegen die Maßnahmen der Betriebsleitung Einspruch zu erheben, wies man kurzerhand ab und erklärte denselben für aufgelöst. Es ist ohne weiteres klar, daß das eigentümliche Verhalten der Betriebsleitung unter den Arbeitern eine Mißstimmung hervorgerufen hat, die das bisher friedliche Arbeitsverhältnis im Betriebe leicht hätte gefährden können. Um aber jeden Konflikt zu vermeiden, wurde seitens der Arbeiter die Verbandsleitung beauftragt, sich bezüglich der vorliegenden Beschwerden an die Generaldirektion in Hamburg zu wenden. Auf die Eingabe erfolgte am 30. Mai d. J. die Antwort, daß die Direktion einen Bericht bezüglich der Beschwerden von der Betriebsleitung einordnen werde, im übrigen aber die Verbandsleitung als Vertreter „ihrer“ Arbeiter nicht anerkenne. Die Generaldirektion mußte auch bereits, warum sie in diesem Falle die Verbandsleitung nicht anerkennend brauche, denn einige Tage später erfolgte die Kündigung der Hälfte der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Sprengstofffabrik und im Sprengstoffwerk fast sämtlicher Arbeiter des gefährlichen Betriebes. Die Maßnahme, die auf die Vergaltung auf dem Sprengstoffmarkt, welche sich durch die Verschärfung der Konkurrenz und anhaltende Preissteigerung des Glyzerins immer ungünstiger gestalten, zurückzuführen sein soll, genügt wieder einmal von der (sowie und sonst gepriesenen „Arbeiterfreundlichkeit“ der Direktion. Jedenfalls hätte sich hier auch ein anderer Weg finden lassen, als daß man in derartigen Situationen Arbeitern, von denen ein Teil bereits seine Kräfte im Betriebe verbraucht hat, so einfach ohne Unterschied des Alters und der Beschäftigungsdauer den Einstufung vor die Tür setzt. Hoffentlich ziehen die Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesem Vorgang die Lehre, daß sie von den Kapitalisten und ihren Handlangern nichts zu erwarten haben, sondern in jedem Falle auf sich selbst angewiesen sind.

Delmenhorst. Die Lohnbewegung der Arbeiter auf dem Hartsteinwert Gruppenbühnen schloß mit einem annehmbareren Erfolge ab.

Fußum. Zwischen der Kohlenimport-Gesellschaft und der Lohnkommission der Arbeiter wurde auf Grund einer eingereichten Forderung ein Tarif abgeschlossen. Nach demselben beträgt der Lohn 24 M. pro Woche bei regelmäßiger Arbeitszeit. Ueberstunden werden mit 6 Pf., Sonntagsarbeiten mit 10 Pf. Aufschlag vergütet. — Die Holzlagerarbeiter erzielten ebenfalls einen Lohnaufschlag von 2 Pf. pro Stunde.

Fleisburg. Die Lohnbewegung der auf den Holzplätzen und Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter ist mit Erfolg beendet. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind bis zum Jahre 1914 tariflich festgelegt. Nach dem Tarif erhalten die Maschinenarbeiter 40 Pf., nach einem Jahr 42 Pf., die Plagarbeiter 38 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 50 Pf. bezahlt.

Eutin. Mit dem Inhaber der Lünenfabrik von Friedrichsen & Co. ist ein Tarifvertrag abgeschlossen. Außer sonstigen Verbesserungen im Arbeitsverhältnis ist der Einstellungslohn sowohl für Arbeiter wie auch Arbeiterinnen um 20 Pf. pro Tag erhöht. Außerdem wurde den Arbeitern eine Zulage von durchschnittlich 30 Pf., den Arbeiterinnen von 20 Pf. pro Tag gewährt.

Karel. Die Arbeiter der Leder- und Dreierriemenfabrik von Schwabe richteten eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit ein. Neben der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde wurde ein fünfprozentiger Lohnaufschlag bewilligt. Für die ersten beiden Ueberstunden nach Arbeitschluss werden 10 Pf., für alle weiteren Stunden und Sonntagsarbeit 20 Pf. Aufschlag bezahlt.

Keterjen. Die Arbeiter der F. E. Jenssigen und der Joh. Jenssigen Leinwandfabrik traten in eine Lohnbewegung ein und forderten eine Erhöhung der Löhne um 5 Pf. pro Stunde. Da die Fabrikanten kein Entgegenkommen zeigten, erfolgte die Einstellung der Arbeit, und erst jetzt zeigten sich die Firmen erdicht, mit den Vertretern der Arbeiter zu unterhandeln. Die Firma F. E. Jenss gewährt eine Lohnzulage von 2 Pf. im Sommer- und 7 Pf. im Winterhalbjahr (bisher wurde im Winter 5 Pf. Stundenlohn weniger bezahlt). Bei der Firma Joh. Jenss beträgt die Zulage 2 Pf. pro Stunde für Außenarbeit und 4 Pf. für Innenarbeit. Mit dem Angebot erklärten die Arbeiter sich einverstanden.

Garburg. Die Lohnbewegung in den Desfabriken der beiden Firmen Thöl sowie Brinmann & Kergel ist beendet. Es wurde eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag in beiden Betrieben bewilligt. — Nach sechsmonatigem Streit fand zwischen der Firma Gimenport & Co. und den streikenden Arbeitern eine Einigung auf folgender Basis statt: Der Einstellungslohn beträgt 45 Pf., nach dreimonatiger Beschäftigungsdauer 47 Pf.

Bremen. Wegen der Entlassung zweier Arbeitskollegen traten die Arbeiter der Desfabrik Groß-Gerau in den Ausstand. Sie verlangten die Wiedereinstellung der Entlassenen und stellten gleichzeitig Forderungen auf Erhöhung der Löhne, die noch gegenüber den Löhnen in andern Desfabriken recht befriedigend waren. Der Ausstand endigte mit einem Erfolg für die Arbeiter; der Lohn wurde um durchschnittlich 3 M. pro Woche erhöht. — In einer Arbeitseinstellung kam es in der Salama-Dei-Kompanie wegen der Entlassung einer Anzahl Arbeiter, die die Ueber-

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1911.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl (männl., weibl., zusammen), Zu- oder Abnahme gegen das 1. Quartal 1911, Arbeitslose Mitglieder (männl., weibl., zus.), and Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsmittelstützung (a) am Orte, (b) auf der Reise.

Die Zahlstellen haben die statistische Vertriebsliste nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Gau 1: Badenhausen, Burgdorf, Saase, Minden (Westl.), Bygmont, Stadoldendorf, Nelzen, Gau 2: ... Gau 3: ... Gau 4: ... Gau 5: ... Gau 6: ... Gau 7: ... Gau 8: ... Gau 9: ... Gau 10: ... Gau 11: ... Gau 12: ... Gau 13: ... Gau 14: ... Gau 15: ...

Stunden verweigert hatten. Auch in diesem Falle wurde nicht nur die Wiedererhaltung der Entlassenen erreicht, sondern auch der Lohn um 5 Pf. pro Stunde erhöht. ... Gau 1: ... Gau 2: ... Gau 3: ... Gau 4: ... Gau 5: ... Gau 6: ... Gau 7: ... Gau 8: ... Gau 9: ... Gau 10: ... Gau 11: ... Gau 12: ... Gau 13: ... Gau 14: ... Gau 15: ...

Werkständig behält bei dieser ganzen Angelegenheit wieder einmal, daß die Unternehmer, die ohne Ausnahme dem Arbeiterverband angehören, sich weigern, mit dem Verbandsvertreter zu verhandeln. ... Ein neuer Niesenkampf in Schweden. Schweden steht vor einem Niesenkampf. Am 10. Juli sind die Arbeiter der Sägewerke und Holzgeräten, der Zellulose-, Papierfabriken und Holzschleifereien von der Auslieferung befreit worden. ...

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1911 haben ein-

gesandt: Mannheim, Ludwigshafen, Vöhr, Pahlhude, Dortmund, Erlen, Neudorf, ... Gau 1: ... Gau 2: ... Gau 3: ... Gau 4: ... Gau 5: ... Gau 6: ... Gau 7: ... Gau 8: ... Gau 9: ... Gau 10: ... Gau 11: ... Gau 12: ... Gau 13: ... Gau 14: ... Gau 15: ...

Rundschau.

Regierung hilft. In der vom Dresdner Gewerkschaftsverband beschlossenen Einführung einer Volksversicherung ... Ueber das bunte Geblüde der „Post“ über die Verjüngung der sozialdemokratischen Führer ...

Verbandsnachrichten.

Vom 11. Juli an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: ... Gau 1: ... Gau 2: ... Gau 3: ... Gau 4: ... Gau 5: ... Gau 6: ... Gau 7: ... Gau 8: ... Gau 9: ... Gau 10: ... Gau 11: ... Gau 12: ... Gau 13: ... Gau 14: ... Gau 15: ...

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Bücher. Nr. 333 730 für August Runge, eingetreten am 1. März 1908 in Hannover. Nr. 314 591 für Franz Bled, eingetreten am 11. April 1908 in Schleuditz. ... Karten. Nr. 157 162 für Johann Sporca, eingetreten am 29. März 1909 in Pöchl. ...

— Köln. Der Streik der Gummiarbeiter bei der Firma The Robitum Rubber & Co. in Köln bei Mülheim ist zugunsten der Arbeiter beendet. ... — Hamburg. Mit der Firma J. G. Karstadt, Chemische Farberei und Waschanstalt, Fabrik G. Förges, wurde ein Tarifvertrag auf drei Jahre vereinbart. ...

— Sondershausen. Am 21. Juni reichte die Arbeiterkassette der Freigeistlichen ... — Neubreda. Auf dem Gemeinderat „Gut“ in Neubreda in Westfalen ... — Stadoldendorf. Die Arbeiterkassette der Stadoldendorfer ...

— Saarlouis. Hermann Heide, Saarlouis II, St. Johanner Straße 30. ... — Schöngau am See. Simon Kvaler, Fabrikneubau. ... — Schöngau am See. Simon Kvaler, Fabrikneubau. ... — Schöngau am See. Simon Kvaler, Fabrikneubau. ...

Zahlstelle Karlsruhe

sucht zum baldigen Austritt einen tüchtigen Agitationsleiter. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre ununterbrochen in einer Organisation angehört und rednerisch wie agitatorisch gut befähigt sein. ...

## Chemische Industrie

### Wieder eine Sprengstoffkatastrophe.

Der 12. Juli wurde zu einem weiteren Schreckenstag der Sprengstoffarbeiter Deutschlands. Bei Wülfen in Westfalen befindet sich eine, der Aktiengesellschaft Hoppede in Düsseldorf gehörende Dynamitfabrik. Am genannten Tage, vormittags gegen 11 Uhr, flog ein Teil derselben unter donnerähnlichem Knall in die Luft. Die erste Explosion erfolgte angeblich im Menghaus und griff auf das erste Dellager über. Wenige Minuten später flog auch das zweite Dellager in die Luft. Die letzte Explosion war so stark, daß sich auf dem Felde befindlichen Arbeitern die Werke aus den Taschen rissen und fast alle Umkleidungen in der Umgebung umgerissen wurden. Leider sollte die Explosion nicht ohne Verlust von Menschenleben abgehen. Acht brave Arbeiter, meistens Familienväter mit zum Teil 2 bis 3 Kindern, zwei Schöne von Witwen, blieben auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Eine Anzahl schwer und leicht verwundete Arbeiter wurden ins Krankenhaus gebracht. Schrecklich war das Los der Getöteten, die buchstäblich in Atome zerrissen wurden. Den Hinterbliebenen wird es nicht vergönnt sein, die sterblichen Ueberreste ihrer Ernährer in Reich' und Glieb geküßt auf dem Totenbett sehen zu können. Blutige Fleischsehn werden in acht Särgen beigelegt, mancher Teil bleibt vielleicht im nahen Walde zum Fraß der Tiere liegen. . . . Proletarierlos!

Zuerst wurde der Arbeiterkreuz, der sich außerhalb des Dellagerhauses aufhielt, tot aufgehoben. Ein großes Holzstück war ihm in den Kopf gedrungen. Nicht weit davon lagen Teile des Arbeiters Diehl, der vollständig zerrissen war. Aus den Trümmern ragte ein blutiger Knäuel eines Arbeiters hervor, dem Kopf und Beine fehlten. Einige der Unglücklichen wurden als blutige Fetzen in die Luft gewirbelt; im Walde fand man blutige Körpertheile, an denen noch die Kleider klebten, Kniegrat- und Beinnochen hingen im Gebüsch. . . .

Ueber die wirkliche Ursache des Unglücks wird wohl nie Aufklärung gegeben werden können, da die einzigen Zeugen zu ewigem Schweigen verurteilt sind. Die Betriebsleitung nimmt an, daß die Explosion vom Nitriehaus ausgegangen ist. Sie erklärt, daß sie an diese verantwortungsvolle Stelle den zuverlässigsten Arbeiter des Betriebs gestellt habe. Durch ein bewußtes oder unbewußtes Versehen sei diese Katastrophe herbeigeführt worden. — Allerdings ist der Nitrierprozeß des Glyzerins die gefährlichste Arbeit. Schon bei Zugabe geringer Mengen von Salpetersäure tritt erhebliche Erwärmung ein, die nicht über 30 Grad Celsius steigen darf. Die Ueberwachung dieser Operation ist äußerst nervenanstrengend, so daß die Arbeitsbedingungen äußerst günstige sein müssen, um Unglücksfälle zu verhüten. Aber wie sieht es damit aus? Ein Kenner der Verhältnisse schreibt der „Frankfurter Volksstimme“: „In der Regel suchen auf diesen Plätzen nur Leute Arbeit, die für die Organisation nicht zu fassen sind. Bei wahren Hungerlöhnen arbeiten diese Leute unter einem Antreiberhystem, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann, Tag und Nacht fogsagen mit dem Totenschein in der Tasche. Und niemand klärt sie auf über die Gefahr, in der sie schweben, niemand kümmert sich um die Einhaltung der Schutzbestimmungen, den Gewerbeinspektor kennen die Arbeiter nur vom Hörensagen. . . .“

3 bis 5 Mk. im Tage haben die Arbeiter bestenfalls verdient, aber Löhne über 3 Mk. waren nur durch das fluchwürdigste Akkordhystem zu erlangen. Wer zur vorgeschriebenen Zeit sein Pensum erreicht hatte, durfte um drei Uhr Schicht machen, um daheim noch Feldarbeit machen zu können. Es ist geradezu der Fluch dieser ländlichen Arbeiterschaft, daß sie sich, weil der larme Lohn nicht langt zum Lebensunterhalte, noch nach der Lohnfron auf dem Acker abradern muß. Bis in die späte Nacht hinein waren die meisten der Arbeiter noch auf dem Felde tätig, zu einer Versammlung waren sie schwer oder überhaupt nicht zu kriegen.“

Also lange Arbeitszeit in und außerhalb der Fabrik. Erbärmliche Löhne zwingen den Arbeiter zur Feldarbeit, er kehrt am anderen Morgen ermüdet zur verantwortungsvollen Tätigkeit in die Fabrik zurück, für die er keineswegs entsprechend bezahlt wird. Das Leben seiner Mitkollegen hängt von einem unbewußten Fehlgang ab. Trotzdem schon vor zwei Jahren sich eine Explosion ereignete, bei der zwei Arbeiter getötet wurden, hat die Direktion sich nicht zur Zahlung besserer Löhne bequemt. Ihre Kurzsichtigkeit läßt sie zu keinem andern Schluß kommen, als zu dem: Der Arbeiter hat bewußt oder unbewußt einen Fehler gemacht; damit ist für sie die Frage nach der Ursache erledigt. Sie bedauert höchstens im nächsten Geschäftsbericht, daß der Materialschaden so enorm ist. Menschenleben sind billig wie Brombeeren, es gibt deren ja genug, die bereit sind, für ein paar lumpige Kröten den gleichen Gefahren auszusetzen. Der Gewährsmann der „Frankfurter Volksstimme“ erhebt einen schweren Vorwurf gegen die Direktion, der, falls er zutrifft, die Direktion durch ihre geradezu frivole Handlungsweise zum Schuldbigen stempelt. Er schreibt:

„Die Explosion ist wahrscheinlich in Nitriehaus und Dellager entstanden durch Selbstentzündung, hervorgerufen durch zu hohe Temperatur. Wohl sollte in diesen Räumen mit Eis gekühlt werden, aber den Eismaschinen mangelte das Wasser zur Eisbereitung. Das war vor zwei Jahren bei einer Explosion als Ursache festgelegt, aber für Abhilfe sorgte niemand, denn Abhilfe kostet Geld und Proletarierleiber sind ja so billig!“

Die Jagd nach dem Profit hat 8 fleißige Ernährer jäh dahingerafft. Vor der Absperrung zur Unglücksstätte wehklagen die Hinterbliebenen, verwünschen und verfluchen sie gegenseitig den Tag, an dem der Vater zum ersten Male seine Schritte in die Fabrik lenkte, in der Tod und Verderben ständisch auf ihre Opfer lauerten. Abgeschlossen, in größter Einsamkeit liegt der Betrieb. Die Verletzten rufen nach den Ärzten; diese wohnen weit weg und in Folge der Unterbrechung der Telefonverbindung treffen sie erst 1 1/2 Stunden später ein. Während dieser Zeit wütet das Feuer weiter. Wohl ist eine Chaise mit zwei Pferden zur Ausfahrt des Direktors vorhanden, aber keine Feuerspritze. Nach 2 1/2 Stunden ist diese endlich zur Stelle geschafft, die Löscharbeiter beginnen und wie sieht es rund herum aus. In drei Kilometer entfernten

Dörfern war die Explosion so stark, daß Kinder und Erwachsene zu Boden geworfen wurden; in dem 6 Kilometer entfernten Siegen war man der Meinung, ein Erdbeben überstanden zu haben. In den nördlich gelegenen Dörfern sind sämtliche Fenster Scheiben zertrübert, die Dächer teilweise beschädigt. Angeblich sollen 3000 Kilogramm Nitroglycerin explodiert sein — genug, um eine ganze Stadt in die Luft zu sprengen. — Die Explosion ist ein Menetekel für die Sprengstoffarbeiter. So, wie die Arbeiter dieser Fabrik um larmen Lohn schaffen, müssen dieselben auch die Arbeiter der andern Sprengstofffabriken. Was jenen am 12. Juli passierte, kann den Arbeitern der übrigen Sprengstoffabriken täglich, ja stündlich passieren. Die gewohnheitsmäßig drohende Gefahr stumpft die Pulverarbeiter ab. Mag ein solches Unglück auch einmal dazu angetan sein, den Sprengstoffarbeitern ihre traurige Lage vor Augen zu führen, gar bald versinken sie wieder in die alte Lethargie. So wurden in den letzten Wochen noch Versuche gemacht, die Arbeiter dieser Fabrik den Fabrikarbeiterverband zuzuführen. Vergeblich! Die Angst vor dem „Herrn Pastor“, dem Hüter der Kapitalisteninteressen, und die Angst, das „Brot zu verlieren“, beherrschte die Leute völlig. Wäre in diesem Falle eine Maßregelung wegen Verbandszugehörigkeit nicht zum Rettungsanker geworden? Ganz gewiß! Aber damit ist der traurige Tatbestand nicht aus der Welt geschafft. Erst durch eine zähe, geschlossene Organisation kann für die Arbeiter der Sprengstoffindustrie, die für ihre Aktionäre 14 bis 22 Prozent Dividende unter Einsetzung ihres Lebens erschanzen, ein wirklicher Arbeiterschutz erkämpft werden. Was die Sprengstoffarbeiter benötigen, ist: Wegfall der Akkordarbeit, kurze Arbeitszeit, scharfe Ueberwachung und strenge Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, soweit solche für die Industrie der Explosivstoffe erlassen sind, event. Verschärfung derselben, und ein Lohn, der zur Ernährung der Arbeiter und ihrer Familien auskömmlich ist und nicht zur Feldarbeit als Nebenverdienst zwingt.

### Die gelbe Gründung der B. A. S. F.

In Nummer 27 des „Proletarier“ haben wir berichtet, daß sich in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik ein gelber Verein gegründet hat. Der Zweck einer solchen Schmutztruppe der Unternehmer ist ja genügend bekannt. Die Zahl der bis jetzt angeschlossenen Mitglieder ist gering. Um aber in der Öffentlichkeit mit großen Zahlen zu glänzen und eine Garantie dafür zu schaffen, daß schließlich eines schönen Tages die getreue Elterngarde nicht das Vereinsstatut in einem der Unternehmern feindlichen Sinne ummodeln, will man aus den Reihen der Beamten eine „außerordentlich“ Mitglieder schaffen. Diesen „Außerordentlichen“ fällt die Aufgabe zu, die auf Grund ihrer eigenen Einschätzung festgestellten Beiträge zu leisten, über die Einhaltung der von der Direktion verfügbaren Satzungen des Vereins zu wachen und eine etwa dem „eblen“ Zweck des Vereins drohende Abänderung dieser Satzungen hintanzuhalten. Benützens zeugt hierüber ein dieser Tage in der majestätischsten Abteilung zirkulierender Geheimlaß an die Abteilungs-Vorstände, der wohl auch in sämtlichen andern Betrieben die Runde machen wird.

Das Schriftstück, das uns der bekannte günstige Wind auf den Redaktionstisch wehte, hat folgenden Wortlaut:

Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik.

Ludwigshafen a. Rh., den . . . Juni 1911.  
An die Herren Abteilungs-Vorstände!

Es hat sich vor kurzem ein Arbeiterverein der B. A. S. F. gebildet, der im Gegensatz zu den heftigen und unternehmerfeindlichen Tendenzen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterverbände alle nicht organisierten, vaterländisch und wirtschaftsfriedlich gesinnten Arbeiter unserer Fabrik zusammenzuschließen will, um in friedlichem Einvernehmen mit der Fabrikleitung die Wahrung der gemeinsamen Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber und die tüchtigste Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder zu fördern.

Der Arbeiterverein zählt bis jetzt bereits 530 Mitglieder. Ordentliche Mitglieder können nach den von der Direktion vorgelegten Satzungen des Vereins nur Arbeiter der B. A. S. F. sein, die keiner andern Arbeiterorganisation angehören und sich zu den oben angegebenen Grundbeträgen bekennen.

Als außerordentliche Mitglieder können alle Beamten und Angestellten der B. A. S. F. aufgenommen werden; sie zahlen Beiträge nach Selbsteinschätzung des einzelnen und haben das Recht des Einspruchs gegen etwaige spätere Änderungen der Satzungen des Vereins.

Auf Veranlassung des Vereins bringen wir dies zur Kenntnis der Herren Beamten und bemerken hierzu, daß die Unterfertigung dieser guten Sache sehr im Interesse des Geschäftes liegt und daß der Beitritt möglichst vieler Beamten und Angestellten mit auch nur mäßigen Beiträgen für den jungen Verein eine wertvolle, insbesondere moralische Stärkung seiner zunächst nicht leichten Pflicht bedeutet.

Wir ersuchen daher die Herren Abteilungs-Vorstände, beifolgende Liste unter ihren Beamten zur Einzeichnung zirkulieren zu lassen.

Die Direktion.  
Die Arbeiter wie wohl auch anständig denkende und sozial empfindende Menschen in dieser Art Vereine mit Recht nichts anderes als den von dem scharfmacherischen Unternehmertum organisiertenerrat an den Interessen der Arbeiter und Angestellten in ihrem Kampfe um bessere, menschenwürdige Existenzbedingungen. Wer bisher daran zweifelte, wird durch den Erlaß über die „eblen“ Ziele des „Arbeitervereins“ der B. A. S. F. jetzt aufgeklärt sein. Der Satz, „die Unterfertigung dieser guten Sache liegt sehr im Interesse des Geschäftes“, spricht eine deutliche Sprache; er heißt nichts anderes als: Wir wollen eine willkürlose Massenwahl, die kein Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen kennt.

Als Köder ist diesem Erlaß eine Einzeichnungsliste angehängt, an deren Spitze die Namen eines Professors Müller mit 200 Mk., Hofrat Ventschen, Dr. Vogt, Dr. Brund, Schöne usw. mit je 100 Mk. Beitrag prangen. Wo die Namen so „hoher“ Herren stehen, darf natürlich der Abteilungsleiter, der Techniker, der Bureauangestellte nicht zurückbleiben; er muß sich einzeichnen, wenn er auch im Innern das Unmoralische, Menschenunwürdige einer solchen Handlungsweise fühlt.

So geht die Selbsttäuschung zum Tausel und an ihre Stelle tritt eine nichtswürdige Gefinnungslumperei. Anders wäre es allerdings auch hier, wenn diese Beamten und Angestellten rüdigsten Berufsorganisationen angehören würden, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Leider ist dieses bei den meisten nicht der Fall, so fügen sie sich unter den Willen der durch den Indifferenzismus ihrer Leute allmächtig gewordenen Direktion. Die Arbeiter zeigen in der Regel — und hoffentlich auch hier — mehr Rückgrat.

### Was der Herr Pfarrer sagt.

Bayern, das seiner parlamentarischen Vertretung antwortend, immer noch als riefiger Timkenz auf einer politischen Karte erscheint, bietet für die christlichen Gewerkschaften ein politisches Agitationsgebiet. Der ganze Klerus, die gesamte Kaplanokratie ist auf den Beinen, um die Arbeiterschaft vor den Werten gaulich zu machen. Dabei verhalten sie aber nicht, darauf hinzuweisen, daß das ganze Seelenheil nur dann richtig gewahrt ist, wenn der Arbeiter außer der Befolgung aller religiösen Verpflichtungen auch die schwarze Weste lieft, einem katholischen Arbeiterverein angehört und, falls er sich gewerkschaftlich organisieren will,

nur die christlichen Gewerkschaften als Rettungsanker betrachtet. Tragend war der Erfolg der christlichen Bewegung verhältnismäßig gering; einige Verbände leiden an chronischem Mitgliederchwund oder stagnieren. Zu diesen Zwergebänden gehört auch der Zentralverband mit dem langen Namen, der seinen Sitz in Wschaffenburg hat. Im Laufe des Jahres 1910 hat er sich um 1065 Mitglieder heruntergewirtschaftet, und wie es mit den Finanzen in Wirklichkeit aussieht, das wissen nur die Eingeweihten, vielleicht auch diese nicht; denn bis heute steht noch die schon seit ziemlich einem Jahr angekündigte Klage gegen das räubige Schaf — Johannes Wolf — aus, das unter besonderen Umständen der Gammelherde entronnen ist.

Dieser „Pimperl Wichtig“, wie wir ihn der Kürze halber nennen wollen, versucht mit seinen 13 000 Mitgliedern im Trüben zu fischen, sobald der Fabrikarbeiterverband den Anfang macht, die Arbeiterschaft aufzuklären, um sie der modernen, auf freier Grundlage stehenden Arbeiterbewegung zuzuführen.

Kürzlich wurde durch unsern Verband in Gersthofen bei Augsburg ein Flugblatt an die in der Filiale der Höchster Farbwerke tätigen Arbeiter verteilt, das auf die hohen Gewinne der Firma, auf die Anechtung der Arbeiterbewegung durch den Staat und die Vertreter der christlichen Kirche hinwies. Geschilbert wurde, wie diese Faktoren bestrebt sind, die Zufriedenheit der Arbeiter auch bei schlechter Lebenslage mit dem Versprechen auf ein besseres Jenseits zu verhüten. Das Flugblatt hat die Aufmerksamkeit der Gersthofener Fabrikarbeiter gefunden, aber außer ihnen waren auch andre Einwohner des Ortes damit einverfanden. Kein Wohlgefallen erregte es bei den Machern der christlichen Arbeiterbewegung und dem zuständigen Pfarrer. Offenbar kam ihnen das Flugblatt höchst ungelogen.

Während das christliche Leitorgan, „Die Gewerkschaftsstimme“, hohe Loblieder in nun bereits 23 Fortsetzungen über vorwiegend technische Fragen der chemischen Industrie singt, will ihr absolut kein Ton herauskommen über Löhne, Arbeitszeit und Unternehmergewinn. Es scheint, daß diese Seite geplagt ist oder nur in engem Kreise angeklungen werden darf. In dieser Stimmung wandten sich Ludwig Grassheu, seines Amtes Bevollmächtigter der Ortsgruppe Gersthofen des Verbandes „Pimperl Wichtig“, und Johann Wenterrieder, Vorsitzender des katholischen Arbeitervereins Gersthofen, an den in München residierenden Bezirksleiter Weizler, den Vertreter von S. Dswald und Peter Trentmel in Wschaffenburg. Die Gegenaktion begann. Ein vertrauliches Zirkular wurde den Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins Gersthofen übermittelt. (Der günstige Wind trug ein davon nach Hannover.) Darin wird nun so ganz verächtlich, als ob es die Dessenlichkeit nicht wissen dürfte, gesagt:

„Wir geben zu, daß das Unternehmen der Farbwerke, wie alle derartige Gründungen der Industrie nach dem kapitalistischen Geiste geleitet sind, bei dem auf Kosten langer Arbeitszeit und niedriger Löhne hohe Dividenden herausgeschlagen werden.“

Dann beginnt ein Loblied über den Mitgliederstand und das Vermögen der christlichen Organisationen, wobei sein sauberlich verschwiegen wird, wie es denn nun eigentlich im eigenen Nest, d. h. im Wschaffenburg-Verband, aussieht. Allerdings sind in dem Jaßten des Verbandes „Pimperl Wichtig“ läßt sich kein Staat machen. Weiter werden die freien Gewerkschaften als Zutreiber der Sozialdemokratie hingestellt; man vergißt aber mitzuteilen, daß die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich Zutreiber des Zentrums sind. Zuletzt werden die in den Farbwerken beschäftigten Mitglieder des katholischen Arbeitervereins ermahnt, in einer Versammlung zu erscheinen, in der Bezirksleiter Weizler das Einsehen besorgen resp. fortsetzen würde.

In einem weiteren Flugblatt blieb unser Verbandstreiter die Antwort nicht schuldig. Besonders wurde die Steuerpolitik des Zentrums hart mitgenommen und die Haltung bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gebrandmarkt. Nachdem dieses Geschütz aufgeschrien wurde, zogen Ludwig Grassheu und Johann Wenterrieder vor, in die Verenkung zu verschwinden, während Weizler fern vom Schuß blieb und mit einem nassen und einem trocknen Auge dem Spiel zusah. Auf dem Schlachtfeld erschien nunmehr ein Zentrumskämpfer und Streiter der Gottesgalartheit, der Pfarrer Franz Leuther aus Gersthofen. Mit dem nur im Bayerischen gehobenen Selbstbewußtsein ging er daran, den Drachen Sozialdemokratie zu bekämpfen. In dem alle Sonnabende erscheinenden Gersthofener Amtsblatt, das Nachrichten über Maul- und Klauenseuche, ansteckende Krankheiten, Streubereitigungen, Eheschließungen, Gottesdienstanzeigen usw. bringt und in seinem Umfang nicht einmal ausreicht, um an einem stillen Ort bestimmten Schweden zu dienen, findet sich in Nr. 25 auf der vierten Seite ein Erlaß, der, soweit Stil und Inhalt in Betracht kommen, keineswegs vermuten läßt, daß er zum Verfasser einen Mann von „Bildung“, einen „Studierten im geistlichen Stand“, hat. Er lautet:

### Was der Herr Pfarrer sagt.

Offene Antwort auf das an die Arbeiter verbreitete Flugblatt.  
Jede Zeile dieses Flugblattes ist eine Lüge oder Verleumdung oder falsche Verbalästhetik; ebenso erlogen ist das als Flugblatt noch verteilte Bayer. Wochenblatt über die christlichen Gewerkschaften, was bereits gerichtlich nachgewiesen ist. Siehe Arbeiter Nr. 24. Wenn mit solch schlechten Mitteln die wirkl. Lage der Arbeiter verbessert werden soll, so wird sich noch zeigen, wer die Dummen und Betrogenen sind: die Christlichen oder die Kloten.  
Gersthofen, den 25. Juni 1911.

Franz Leuther, Pfarrer.

An eine Uiberlegung des Flugblattes wagt sich der Herr Pfarrer gar nicht heran, vielleicht hält er es nicht für nötig, weil er sich im Vollgefühl der Zentrumsherrschaft in Bayern sicher fühlt, daß seine Schlägen nicht aus dem Bereich brechen. Er belächelt: Alles ist Lug und Trug, was im Flugblatt steht und damit basta!

Wir fragen allen Ernstes: Was geht den Herrn Pfarrer denn eigentlich die ganze Sache an, nachdem sich die christlichen Gewerkschaftsführer als interprofessionell in dem an die katholischen Arbeitervereine gerichteten Zirkular geriert haben? Sollte für sie als Gewerkschaftler eine „geistliche Bevormundung“ weiter notwendig sein? Wenn die Sache so liegt, dann bedauern wir die verblenden christlichen Gewerkschaftler, die dadurch zur ewigen Latenzigkeit verurteilt werden, denn: Forbren und leben, wie es einem Menschen zutunmt, ist nach Begriffen der Kirche nicht Sache des arbeitenden Volkes, sondern nur Recht der Reichen. Wer's Knecht ist, soll Knecht bleiben! lautet die Parole des Bischofs Henle, eines hohen geistlichen Würdenträgers der katholischen Kirche. Wir sind dem Herrn Pfarrer recht dankbar für seine Verhöhnung. Er hat damit bligartig den Charakter der christlichen Gewerkschaften und ihrer Drahtzieher gelanzagt. Nach alledem fragen wir die Gersthofener Arbeiter: Wer von euch hat noch Lust, sich einem Verbänden anzuvertrauen, dem der Dalles aus allen Knopflöchern gack? Könnenlich kein!

### Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Aachen Die chemische Fabrik Rhénania erzielte 2 254 490 2 045 573 Mk. Reingewinn und verteilte 24 (22) Prozent Dividende. — Berlin. „Sicco“, A.-G., eine neue chemische Fabrik, verteilt zehn Prozent Dividende; sie erzielte in nur 3 Monaten des ersten Geschäftsjahres 45 938 Mk. Reingewinn. — Köln-Weißling. Die chemische Fabrik heißt der Gold- und Silberseideanstalt in Frankfurt sehr nahe. Durch Uebernahme der Fabrikanlage in Neuf in laufenden Jahr sind Veränderungen eingetreten, die erst in der nächsten Bilanz zum Ausdruck kommen werden. Nach 132 729 (133 493) Mk. Abschreibungen verblieben 182 326 (172 007) Mk. Gewinn. Dividende 10 (8) Prozent. — Die chemische Fabrik für Güterprodukte in Oberlappell erzielte 18 606 (22 535) Mark Reingewinn. Dividende 4 Prozent. — Kassel. Die vereinigte Farbwerke Wilhelm Urban erzielte 55 368 (41 105) Mk. Reingewinn; die Dividende steigt von 5 auf 6,5 Prozent. — Leopoldshall. Vereinigte chemische Fabriken. Dividendeneinschätzung wieder 5 Prozent für die Vorzugs- und 2 1/2 bis 3 Prozent für Stammaktien. — Nienburg. Die chemischen Werke vorm. B. Bremer erzielten 137 586 (96 957) Mk. Reingewinn. Die Dividende beträgt 5 (4) Prozent. — Oer. Die chemischen Fabriken Oster-Braunschweig schlugen in diesem Jahre 6 gegen 5 Prozent Dividende des Vorjahres zur Verteilung vor.

# Zement- und Ziegel-Industrie

## Aus den preussischen Gewerbeinspektionsberichten vom Jahre 1910.

### Zement-, Kies-, Kalk- und Steingut-Industrie.

Die Gewerbeinspektionsberichte über die gewerblichen Verhältnisse der Zementindustrie sind wiederum recht kammerrich ausgefallen. Für die Mehrzahl der Gewerbeinspektoren scheint die Zementindustrie nicht zu existieren, und der Rest weiß nichts zu berichten. Aus der Zementfabrik Kraft in Krakow bei Steinfurth wird zwar mitgeteilt, daß durch den Anschluß an die Wasserleitung der Gemeinde Stolzenhagen nun für gutes Trinkwasser gesorgt sei, daß ferner moderne Wasch- und Badeeinrichtungen, die mit Waschbecken, Badewannen, Brausen und Fußwaschtrögen ausgestattet sind, für die Arbeiter errichtet seien, aber die vielen Uebelstände, die in bezug auf die genannten Einrichtungen, die Kantinen, Unterkunftsräume der fremden Arbeiter usw. in fast allen andern Zementfabriken in Fülle vorhanden sind, werden mit Schweigen übergangen.

Die Berichterstattung beschränkt sich auf die Registrierung einiger technischer Verbesserungen, die aber nur im Interesse der Produktion geschaffen wurden. Besonders ist dies die Einführung der Drehöfen, die eine vollständige Umwälzung in der Produktion verursachen, indem sie den Brennprozeß erheblich vereinfachen und verkürzen und außerdem eine wesentliche Ersparnis an Arbeitskräften mit sich führen. Der Umfang der Arbeiterersparnis durch die Drehöfen wird am besten durch eine Äußerung des Direktors der Zementfabrik in Groschowitz dargestellt. In der Generalversammlung der Zementfabriken im Jahre 1908 führte dieser aus, daß er, um in 24 Stunden 1800 Faß Zement herzustellen, bei den alten Ofensystemen für den Ofenbetrieb allein 168 Arbeiter benötigt habe. Seit Einführung der Drehöfen bedürfe er zur Herstellung desselben Quantums in derselben Zeit nur noch 36 Arbeiter, so daß er dadurch 132 Arbeiter weniger gebrauche. Der Sieg des neuen Ofensystems bedeutet mithin eine enorme Ausschaltung von Arbeitskräften, die nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wettzumachen ist. Daß dieser Sieg nicht allzu fern ist, zeigt der Bericht aus dem Bezirk Oppeln, demzufolge von den 11 dort vorhandenen Zementfabriken bereits 7 mit Drehöfen arbeiten.

Die fortschreitende Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit bringt allerdings auch einige Vorteile für die Arbeiter mit sich. Die Bedienung der Schachtöfen erfordert nicht nur eine außerordentliche Körperkraft, sondern auch eine robuste Gesundheit, über die bei den heutigen Ernährungsverhältnissen nicht jeder Arbeiter verfügt. Die Folge ist übermäßige Anstrengung und Raubbau an der Gesundheit. Durch die Einführung der Drehöfen wird dem zum großen Teil abgeholfen. Die Befähigung der Arbeiter und die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Hitze, Rauch, Staub, giftige Gase und Dünste unterbleibt hier, ebenso auch die Verbrennungsgefahr, die für die Bedienungsmannschaft der Schachtöfen durch das Herausfliegen der Stacheln beim Aufsteigen des Brennstoffes entsteht. In einigen Zementfabriken ist man nun dazu übergegangen, den ganzen Produktionsprozeß vom Transport des Rohmaterials bis zum Versand der fertigen Ware auf mechanischem Wege zu bewerkstelligen. Die Zuführung des Materials von Maschine zu Maschine, zu den Silos und Öfen, ja selbst die Verpackung geschieht automatisch. Dadurch vollzieht sich auch die Trocknung, Rohmahlung, Zementmahlung und die ganze Verarbeitung der Kohle nur in geschlossenen Räumen, so daß auch die Unfall- und Brandgefahren wesentlich eingeschränkt werden. Diese erfreuliche Tatsache wird allerdings recht teuer erkauft, denn auch dieser Fortschritt macht eine ganze Anzahl Arbeiter überflüssig, so daß nur ein geringer Teil der Arbeiter die Erleichterung der Arbeit genießt. Der ganze technische Fortschritt der Zementindustrie liegt mithin hauptsächlich im Interesse der Unternehmer, und deshalb ist es eine große Ungerechtigkeit, wenn die Gewerbeinspektoren daraus eine Wohltat für die Arbeiter zu konstruieren suchen.

Schwere Uebelstände sind auch noch in den Kiesgräben zu finden. Besonders das Kaninchenwesen mit seinen bekannten Schäden für die Arbeiter hat sich hier tief eingewurzelt. So wurde in einer Kiesgrube das Kaninchenwesen durch die Lohnzahlung in der Kanine vorgenommen und dabei den Arbeitern der Betrag für die während der Lohnwoche ankommenen Speisen und Getränke vom Lohn abgezogen. Der Unternehmer hatte sich damit einer doppelten Übertretung der Gewerbeordnung schuldig gemacht. Wegen der Lohnzahlung in der Kanine wurde er zu 3 Wk. Gefängnis verurteilt, während das Verbot wegen der gesetzlich unzulässigen Lohnzahlung noch nicht abgeurteilt ist. In einer zweiten Kiesgrube wurden ähnliche Umstände festgestellt, jedoch von einer Verurteilung wurde jedoch abgesehen, da diese aus „Unkenntnis des Gesetzes“ bezeugen wurden.

Ein besonders schmerzlicher Fall der Unbilligkeit gegen die Arbeitervermittlung zur Unterbringung der Wanderarbeiter fand sich in einem Kieswerk, in dem 30 Arbeiter in einem viel zu kleinen, schlecht beleuchteten Wohnraum mit nur 3,7 Kubikmeter Luft pro Mann untergebracht waren. Als Schlafplätze dienten einfach die Bretter auf dem bloßen Erdboden ausgebreitete Strohbündel. Der ganze Schlafraum warde mit dem Geruch eines Misthaufens, wobei nur der Unzulässigste bemerkte, daß ein Viehstall regelmäßig ausgehoben und frisch getreuert wird, während der „Schlafraum“ alljährlich nur einmal mit frischem Strohstreu versehen wurde. Hier kann die Verhinderung der Arbeiter zum Ausbruch, die von der Unternehmerseite demselben nicht wird, was sich die Arbeiter ihrer Angelegenheit und Unbilligkeit nicht bewußt sind.

Die Unfallindustrie wird in den Gewerbeinspektionsberichten nur in den meisten Fällen und nur oberflächlich erwähnt. In den übrigen Berichten waren die Aufschüsse für die Unfallversicherung nicht zu ersehen, denn es ist doch nicht anzunehmen, daß in den Aufschüssen überhaupt Aufschüsse vorhanden sind. Die Aufschüsse sind, soweit sie an den Öfen befestigt werden, den Gefahren der Explosion in hohem Maße ausgesetzt. In den letzten Jahren konnten sich Schüsse, werden sie durch die enorme Hitze und die ungesunden Rauchgase beheizt und bei dem heftigen Drücken der Luft durch die Öfen erwiderten Explosionen auslösen.

Gasen ausgefegt. Dazu gefügt sich dann noch die starke Staubentwicklung beim Ziehen des gebrannten Kalkes, die nicht nur auf die Arbeitergesundheit, sondern auch auf die Vegetation der Umgebung schädigend wirkt. Bei den meisten Öfen fehlt es aber trotzdem an der geeigneten Ventilation vor den Ausziehhöffnungen, so daß sich den Gewerbeaufsichtsbeamten hier ein dankbares Feld bietet.

Auch beim Mahlen, Transportieren, Einsacken des Kalkes, ebenso beim Entstauben der Kalksäcke macht sich die Staubplage empfindlich bemerkbar, der aber in letzter Zeit aus wirtschaftlichen Gründen durch maschinelle Anlagen vielfach wirksam entgegengetreten wird. So werden in zwei Kalkmühlen des Bezirks Merseburg Becherwerke und Transportmaschinen benutzt, um den gemahlten Kalk direkt nach den Silos oder den Eisenbahnwagen zu befördern. Zur Entstaubung der Säcke sind in einigen Betrieben Saugreinigungsmaschinen aufgestellt worden. — In einem Kalkwerk des Bezirks Liegnitz ereignete sich ein tödlicher Unfall. Der Arbeiter ließ Kalkmehl aus einem Silo in einen Eisenbahnwagen laufen. Um den Einlauf zu beschleunigen, ging er in das Silo hinein und schaufelte das Kalkmehl nach dem Ablauftrichter zu. Dabei unterließ er den etwa 3 Meter hohen Haufen Kalkmehl; dieser stürzte zusammen, den Arbeiter unter sich begrabend, so daß dieser den Erstickenstod fand. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn das Silo nicht einen ebenen Boden gehabt hätte, sondern in einzelne Trichter ausmündete, die dem Abfallwinkel des Kalkmehles entsprächen und deshalb ein Betreten überflüssig und unmöglich machten.

Auch der Steingutindustrie wird in den Gewerbeinspektionsberichten mit einigen Worten gedacht. Allerdings sind es nur die technischen Verbesserungen, die darin Erwähnung finden, die bestehenden Uebelstände werden verschwiegen. In einer Steingutfabrik des Bezirks Merseburg, in der früher das Einsetzen der Waren in die Brennöfen und das Herauslösen nach erfolgtem Brande eine sehr beschwerliche und wegen der Ofenhitze auch eine gesundheitschädliche Handarbeit war, ist ein sehr leistungsfähiger Brennofen französischer Patents erbaut worden, in den die zu brennenden Waren auf eisernen Wagen, die außerhalb des Ofens besetzt werden, durch Maschinenkraft hinein- und wieder herausgeschoben werden. Die Wagen wandern dabei ganz allmählich zu der in der Mitte des langgestreckten Ofens liegenden Brennzonen und verlassen diese dann langsam wieder, so daß sie zuletzt fast ganz abgekühlt wieder aus dem Ofen herausfahren.

Das gesundheitschädliche direkte Eintragen der pulverförmigen bleifaltigen Glasurmasse in die Glasurbrennöfen ist in einer Steingutfabrik durch eine sehr empfehlenswerte Einrichtung beseitigt worden. In dem über dem Ofen liegenden Obergeschos ist ein gemauerter Behälter zur Aufnahme der Glasurmasse angelegt. Vor hier wird die Masse mit langen Krücken nach einem Füllrohr geschoben, das zum Ofenherd hinabführt. Das Füllrohr ist nach oben verlängert, um Raum für den beim Füllen sich bildenden Staub zu schaffen und dessen Ausströmung möglichst zu verhindern. Nach beendeter Beschickung des Ofens wird das Füllrohr hochgezogen und die Ofendecke durch einen Schlußstein geschlossen. Die Einrichtung soll sich vorzüglich bewährt haben. — Die Möglichkeit zur Eindämmung der sich aus der Arbeit ergebenden gesundheitlichen Schäden ist also überall vorhanden; mögen nun die Arbeiter dafür sorgen, daß sie auch allgemein in die Wirklichkeit umgesetzt wird, um ihr einziges Vermögen — die Arbeitskraft — genügend zu schützen.

### — Wilhelm II. als Ziegelarbeiter und Ziegelmeister.

Dem kleinen Hünstein patriotischer Ziegelarbeiter und Ziegelmeister ist großes Heil widerfahren. Sie können nun ihren kaiserlichen Herrn nicht nur als Ziegelbesitzer, sondern auch als Ziegelmeister und sogar als Ziegelarbeiter begrüßen. Die hünsteiner Presse weiß nämlich ihrem in geistiger Beziehung ziemlich bescheidenen Vorkämpfer zum monarchischen Erbprinzen folgende „wahre Geschichte“ zu erzählen: „Der Besitz der Gutsherrschaft Cadinen im Eibinger Landkreise hat dem Kaiser eine ganz besondere Ehrung eingetragen. Zu dem Gute gehört auch eine große Ziegelfabrik, für deren Betrieb der Kaiser Interesse bekundet und die er zur Hebung der Produktion in den nächsten Monaten ganz erheblich erweitern läßt. Der kaiserliche Fabrikherr kennt seinen Betrieb nicht nur aus Vorträgen der Betriebsleiter, sondern bei seinen Besuchen in Cadinen informiert er sich persönlich über den ganzen Geschäftsgang. Vor einiger Zeit hatte der Monarch sogar mehrere Stunden lang mit praktischer Zieglerarbeit geleistet, die Kaiserliche Hoheit verdient und eigenhändig eine Anzahl Ziegel hergestellt. Die kaiserliche Ziegelmeistervereinigung ist auf diesen „Werkstätten“ natürlich ungemein stolz und hat ihn zum Ehrenmitglied ernannt. In dem Diplom wird der Kaiser als „Ehren-Ziegelmeister“ benannt.“

Wie wir nachträglich erfahren, ist einigen Ziegelmeistern ob dieses freundlichen Ereignisses der Verstand abhandeln gekommen, während die vernünftig gebliebenen beschließen haben sollen, die vom Kaiser hergestellten Ziegeln dem Hohenzollern-Museum zu überreichen. Bedauerlich ist nur, daß die praktische Zeilung des Kaisers als Ziegelarbeiter von so kurzer Dauer war, daß es ihm jedenfalls nicht möglich gewesen ist, einen wirklichen Geschmack von den Strapazen des Zieglerlebens zu gewinnen. Dazu bedarf es schon einiger Wochen der schwersten Arbeit des Auftragens, Streichens, des Gips- und Austragens usw., natürlich bei unvollständiger täglicher Arbeitszeit und der tödlichen Zieglerloft: Hitze und Rauch, Kariofilen und Keisfuppe. Man kann sich wohl in einigen Stunden die Meißnerarbeit erwerben, aber nicht die Kenntnis der Arbeitstechnik. Wir haben deshalb auch geringe Hoffnung, daß den Arbeiten der kaiserlichen Ziegelfabrik in Anerkennung ihrer schweren Arbeit nunmehr der jährliche Stundenlohn von 25 Pf. etwas erhöht wird. Die Arbeiter werden sich auch hier selbst helfen müssen. — Die verlautet, ist der kaiserlich-nationale Gewerbeverein der Ziegler und Ziegelmeister in „Lippe“ sehr erköst über die Bereitwilligkeit der „Lippischen Ziegelmeistervereinigung“. Denn der Gewerbevereinsvorstand soll schon ein Begrüßungsschreiben an den Kaiser ausgearbeitet haben, in welchem dem Kaiser alleruntertänigst die Ehrenmitgliedschaft im Gewerbeverein angeboten wird. Man ist ihm die Ziegelmeistervereinigung zugeteilt. D. Schmeitz lag nach!

### — Ein 15jähriger Arbeiterwille in einer Steingutfabrik getötet.

In der Steingutfabrik von E. u. G. Carstens in Elmshorn haben die Arbeiter im Kohlenwerk. Um den Betrieb, den Streikenden nun trotz nicht ganz willigen, ist die Firma, die dem freiwirtschaftlichen Reichstagsabgeordneten Carstens gehört, genötigt, alle möglichen jugendlichen und unerfahrenen Elemente zu den Kohlenarbeiten und gefährlichen Arbeiten heranzuziehen. So wurde denn auch der 15jährige Arbeiter Wittke mit der Bedienung eines Erdbrennens beschäftigt, eine Arbeit, die vor dem Streik von einem älteren kräftigen Arbeiter geleistet wurde. Wittke hatte hier das Gips- und Ausstrichen der Transmissoren zu besorgen, wegen er als schwächlicher Junge dazwischen ungeeignet war. Bei dieser Arbeit ist Wittke nun jedenfalls dem Wittern zu nahe gekommen, so daß er vor der Transmission erstickt und mit heftigen Schreien starb. Da die Transmissoren etwa einen halben Meter über dem Boden unabhängig frei ohne jede Umfassung hängen, wurde der Verunglückte bei jeder Drehung auf den Fußboden geschleudert und dadurch großem Schaden zugefügt. Die Firma und ein

Arm wurden ihm ausgefegt; die Köpfe waren durchs Fleisch getrieben, kurzum, der Verunglückte war nur noch eine unfruchtliche Masse. Ein junges Menschengeschlecht ist somit der Halsstarrigkeit der Firma zum Opfer gefallen. Wäre der jugendliche Arbeiterwille auch nur mit einigen Worten von den Streikenden beleidigt worden, so hätte es zu dessen Errettung sicher einiger Wochen Gefängnis bedurft. Die Firma aber wird vielleicht im günstigsten Falle mit einer Geldstrafe geahndet. Allerdings kann auch die Arbeiterchaft nicht von jeder Schuld an dem Unglücksfall freigesprochen werden. Sie war schon längst verpflichtet, die Firma zur Einhaltung der Transmissoren zu zwingen, denn die Erhaltung von Arbeitergesundheit und Arbeiterleben ist ebenso wichtig, wie die Verbesserung der wirtschaftlichen Existenz.

### — Von einem Trockenhaus erschlagen.

In der Dampfziegelei Nieberweidbach bei Siegen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Mehrere Arbeiter waren mit dem Einlegen der frisch gebackenen Ziegelsteine in das Trockenhaus beschäftigt, als sie plötzlich bemerkten, daß das Trockenhaus zum Einsturz neigte. Die Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, bis auf den Arbeiter Wehl, der an einer Latte hängen blieb und von dem einfallenden Gebäude erschlagen wurde. — Die Aufsicht der Gewerbeinspektion hat hier wohl gänzlich versagt; denn es ist doch nicht anzunehmen, daß das Trockenhaus über Nacht wackelig geworden ist. Schweinehälften läßt man nicht erst zum Einsturz kommen, denn hier handelt es sich um wertvolle Vieh. Ziegelarbeiter aber sind von jedem Menschenhändler billig zu beziehen. Da schadet es nichts, wenn ein paar davon sterben. Diese von vielen Ziegelmeistern begangenen Unsauberungen können aber leicht beseitigt werden, wenn die Ziegelarbeiter wollen, denn sie bedürfen dazu nur der Organisation.

### — Ein Ziegelmeister mit dem Arbeitslohn verschwunden.

Eine unserer Hauptforderungen für die Ziegelarbeiter ist die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung, um den häufigen Lohnprellereien zu begegnen. Wie notwendig diese Forderung ist, zeigt ein Fall, der sich kürzlich in der Ziegelfabrik Scharfheim in Eise bei Bremen ereignete. Der Ziegelmeister gewährte nur Abschlagszahlungen; der größte Teil des Lohnes sollte bis zum Schluß der Kampagne stehenbleiben, um so bei den Arbeitern das „Sparen zu fördern“. Als nun kürzlich an einem Sonntagsmorgen die Arbeiter wieder einige Mark Lohn haben wollten, machten sie die Entdeckung, daß der Ziegelmeister über Nacht verschwunden war. Wie sich dann herausstellte, hatte dieser „Meister“ auch von dem Ziegelbesitzer schon 2000 Mk. über sein Guthaben erhalten, so daß die Arbeiter um ihren so schwer erworbenen Verdienst betrogen sind. Sie haben also für den Meister gespart und können dabei noch von Gläubigern reden, daß der „eheliche“ Meister schon jetzt verschwunden ist; hätte er bis zum Herbst gewartet, so wäre natürlich der Verlust der Arbeiter noch größer. Da der Meister die Ziegelfabrik als Zwischenunternehmer übernommen hatte, so ist nach dem Urteil der Ziegelbesitzer nicht für den Arbeitslohn haftbar und die Meister sind in solchen Fällen in der Regel „preußisch eingerichtet“, das heißt, sie selbst haben nichts, das vorhandene Vermögen gehört den Kindern, der Frau usw. Hoffentlich bringt auch dieser Fall unsere obengenannte Forderung einen Schritt vorwärts.

— Geflüchten. Die Aktionäre der Klosterziegelei, Stein u. Ko. in Eilenach, gründeten vor einigen Jahren hier einen Schwefelbetrieb größeren Stiles. Die Vorbedingungen zur „gebeilichten Entwicklung“ sind denn auch hier mehr denn sonst gegeben, und das ist ja für die Herren Ziegelbesitzer die Hauptsache. Ganz besonders verstand es der Inspektor Fred, die Arbeiter in der ihr nun einmal angeborenen Unterwürfigkeit als willige und billige Ausbeutungsbjekte banieren zu halten. Bei irdenwöchigen begehlichen Regungen waren Drohungen mit Entzug fremde Arbeiter die regelmäßige Antwort, und die Ziegelarbeiter ließen sich dann immer von dem Inspektor eines „Besseren“ belehren. Vor kurzer Zeit gelang es nun unserm Verband, welche in diese Hochburg des Indifferentismus zu schlagen. Das Menschenmögliche wurde bei dieser Gelegenheit geleistet in Punkt Sozialabteilung und -Verweigerung. Kein Wort wollte, um nicht den Herrn Fred zum Feind zu bekommen, sein Lolal hergeben. Endlich gelang es, eine Regelbahn für eine Zieglerversammlung zu erhalten, welche denn auch das Resultat zeitigte, daß 20 Ziegler dem Verbande beitraten. Als einige Wochen danach abermals eine Zusammenkunft stattfand, glaubte der Inspektor die Zeit denn doch für gekommen, daß diesen „Bekennern“ ein Ende gemacht werden müsse. Seine Kräfte konzentrierte er zunächst auf unsern Vertrauensmann, welcher einen etwas „besseren“ Posten im Werke bekleidet; er stellte ihn vor die Wahl: entweder aus dem Verband auszutreten oder den Betrieb zu verlassen. Ob der Inspektor jenes Gleichnis von dem „geböhrten Tiere“ kennt, welches glaubte, mit seiner Stiereskraft die Morgenröte zu zerstreuen? Jedenfalls nicht, denn sonst würde er nicht in ähnlicher Weise versuchen, die Organisation zu vernichten. Weiß denn Herr Fred nicht, daß auch die Herren Ziegelbesitzer sich zur „Wahrung ihrer Interessen“ zusammenschließen haben und daß ein gleiches Recht auch der Ziegelarbeiterchaft zusteht? Die Ziegler sind nicht gemüht, ihr Koalitionsrecht für ein Unjustizgericht zu veräußern, vielmehr sind sie bestrebt, ihre ganze Kraft für die Ausbreitung ihrer Organisation einzusetzen. Herrn Fred sei aber hier an dieser Stelle von den Zieglern gedankt; denn was mühselvolle Agitationsarbeit bis dato nicht erreicht, das hat er durch seinen Vernichtungselbstzug zustande gebracht. Die Ziegelarbeiter aber mögen ihre Reihen stärken, um alle arbeitserfeindliche Pläne und Ränke in Zukunft zu vereiteln. Um dieses zu erreichen, muß auch der letzte Ziegler unserm Verbande beitreten. Die Ziegelarbeiter von hier muß es mit Stolz erfüllen, als Pioniere der Arbeiterbewegung in einer Gegend zu gelten, in welcher der Indifferentismus mit seinen Schattenshunden Hunderte von Arbeiterbrüdern umfängt hält. Deshalb Kollegen von der Ziegelfabrik, an die Arbeit, agitieren und organisieren, das muß unsere Lösung sein!

### — Haynau i. Schl. Weil das Geschäft angeblich schlecht ging, hat

man in der Ziegelfabrik von Baum u. Kaiser in Bielau den dort beschäftigten 140 Arbeitern und Arbeiterinnen während der vorjährigen Ausperrung der Bauarbeiter die Löhne gekürzt. Die Stundenlöhne der Männer wurden von 28 auf 26 Pf. herabgesetzt. Den Frauen kürzte man den Stundenlohn um 1 Pf., so daß er jetzt 14—17 Pfennig beträgt. Um 5 bis 25 Prozent sind die Mithilfskräfte reduziert worden. Die Arbeiter waren leider in der Mehrzahl nicht organisiert und mußten sich in der Schwächung ihres großen Lohnes fügen. Seit dieser Zeit ist nun ein Jahr verfloßen. Und wie die schließlichen Ziegelfabrik im allgemeinen, so hat auch das Werk von Baum u. Kaiser vollauf zu tun. Den Arbeitern aber die alten Löhne wieder zu zahlen, daran denken die Herren nicht. Im Mai d. J. beschäftigte sich eine Betriebsversammlung damit und beschloß, eine Eingabe an die Firma zu richten, damit sie die alten Löhne wieder zahle. Auch ist eine Lohnabelle gefordert worden, da die Arbeiter bei den meisten Arbeiten gar nicht wissen, wie der Akkord berechnet wird. Auf diese Eingabe erhielt die Betriebsleitung keine Antwort, aber bei den einzelnen Gruppen sind die Löhne um ein geringes ausbezahlt worden. Der Stundenlohn für Männer ist wieder auf 28 Pf. erhöht worden. Verlater, Ein- und Ausfuhr im vollen Dien und Schichtarbeiter haben auch die alten Lohnsätze wieder bekommen. Den Sortierern ist 5 Pf. pro Tausend zugelegt worden, während der Abzug 10 Pf. betrug. Den Arbeitern im vollen Dien und den Frauen hat man die Zahlung der alten Löhne übernommen. Lohnabellen auszuhängen hat die Firma ebenfalls abgelehnt. Mit dieser Ziegelfabrik konnte sich die Arbeiterchaft nicht einverstanden erklären und beauftragte daher die Betriebsleitung, sich nochmals schriftlich an die Firma zu wenden. Eine Antwort auf das zweite Schreiben erfolgte ebenfalls nicht, dagegen polterte einer der Firmeninhaber gegen die Organisation und ihre Vertreter. „Und wenn sich der Breslauer die Finger wund schreibt, werde ich nicht antworten. Ich mache es, wie ich will, ziehe ab oder lege zu wenn es mir paßt“, meinte der erhobte Herr. Auch mit Hinanswerfen der Organisierten hat er gedroht. Bei der Haynauer Arbeiterchaft ziehen derartige Drohungen aber nicht mehr. In der letzten Betriebsversammlung wurde beschloßen, vorwiegend von weiteren Schritten Abstand zu nehmen und die Bewegung zu vertagen. Unterdessen soll aber die Organisation noch mehr ausgebaut und gefestigt werden, um bei gegebener Zeit schlagfertig zu sein. Werden die Arbeiter und Arbeiterinnen diesen Beschluß haken und sich vollständig dem Verband anschließen, so braucht sich bei der nächsten Lohnbewegung niemand die Finger wund zu schreiben; dann kann aber endlich gehandelt werden.